

Streiks: Deutlicher Anstieg	2
Löhne: Mindestlohn – In Westeuropa über 8,50 Euro	3
Verteilung: Ungleichheit kostet Wachstum	4
Staatsfinanzen: Die Steuertricks der Großkonzerne	6
Arbeitswelt: Gute Arbeit, höherer Börsenwert	7
TrendTableau	8

FRAUEN

Größter Lohnrückstand im Süden

Männliche Beschäftigte verdienen im Schnitt über ein Fünftel mehr als ihre Kolleginnen. Besonders groß ist die Ungleichheit in Süddeutschland.

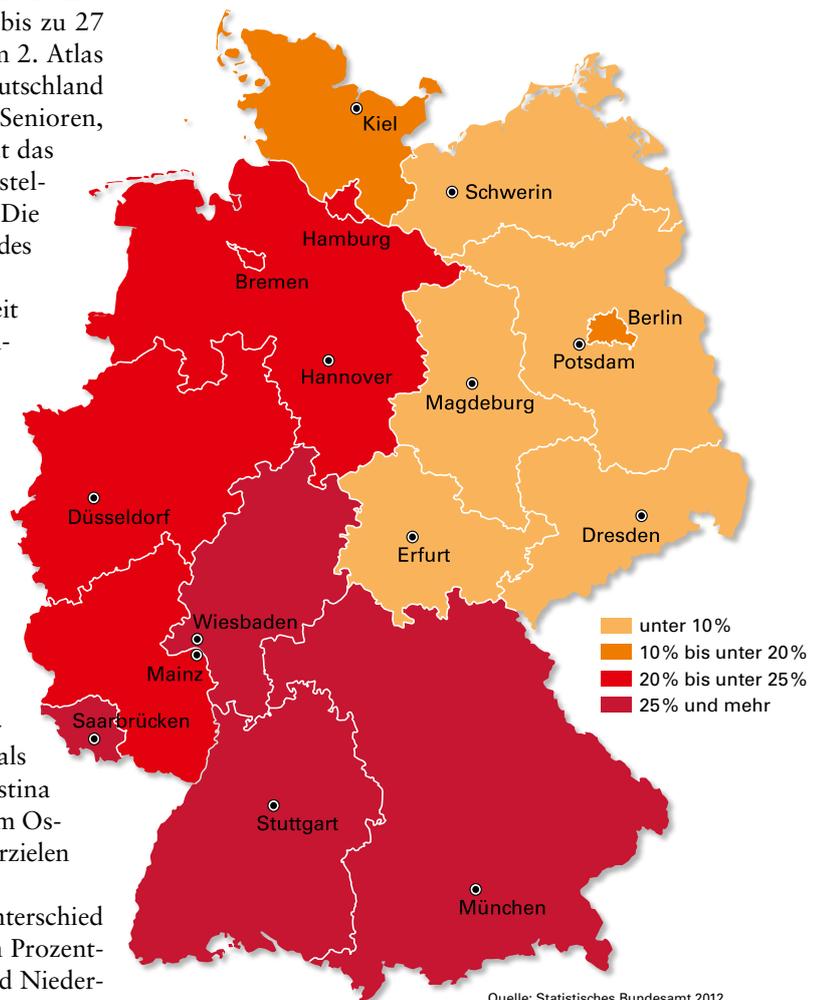
Von Entgeltgleichheit ist die deutsche Wirtschaft nach wie vor weit entfernt: Im Jahr 2010 lagen Männer beim durchschnittlichen Bruttostundenlohn 22 Prozent vor den Frauen. Auf Länderebene reicht die Spanne der Verdienstunterschiede von 4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 27 Prozent in Baden-Württemberg. Das geht aus dem 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland hervor, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht hat.* Erstellt hat das Ministerium den Atlas auf Beschluss der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz der Länder. Die Daten basieren auf der Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamts.

Im Süden Deutschlands ist die Entgeltungleichheit am größten: Männer verdienen in Baden-Württemberg 27, in Bayern 26, im Saarland und in Hessen jeweils 25 Prozent mehr als Frauen. Vergleichsweise gering fällt das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern in den neuen Bundesländern aus: Die Werte liegen zwischen 4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern und 9 Prozent in Sachsen. In Berlin beläuft sich der Gender Pay Gap auf 14 Prozent. „Dass der Einkommensunterschied im Osten viel geringer ist, hat mit den Formen der Erwerbstätigkeit von Frauen zu tun: Sie arbeiten hier häufiger Vollzeit und seltener in Minijobs, unterbrechen ihre Berufstätigkeit selten für längere Zeit und haben mehr Führungspositionen inne als Frauen im Westen“, erklärt WSI-Forscherin Christina Klenner. „Es liegt aber auch daran, dass Männer im Osten durchschnittlich deutlich weniger Einkommen erzielen als ihre westdeutschen Kollegen.“

Im Bundesdurchschnitt hat sich der Verdienstunterschied im Vergleich zu 2007 leicht verringert – um einen Prozentpunkt. Die größten Fortschritte haben Bremen und Niedersachsen erzielt, wo die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen um jeweils drei Prozentpunkte abgenommen hat. In Bayern, Hamburg, Hessen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hat sich die Kluft dagegen um ein bis zu zwei Prozentpunkte vergrößert. ◀

Im Osten ist die Lücke kleiner

Die Verdienstunterschiede von Männern und Frauen betragen 2010 ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Januar 2013
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Deutlicher Anstieg

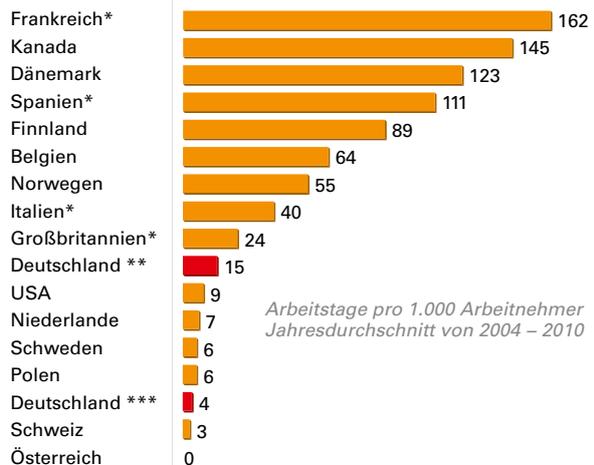
2012 haben deutlich mehr Beschäftigte gestreikt als 2011. Dabei fielen doppelt so viele Arbeitstage aus wie im Jahr zuvor. Im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland aber nach wie vor relativ wenige Arbeitskämpfe.

Etwa 1,2 Millionen Beschäftigte haben nach der aktuellen WSI-Arbeitskampfbilanz im vergangenen Jahr bei Streiks und Warnstreiks die Arbeit niedergelegt – 2011 waren es nur 180.000. Rund 800.000 Arbeitnehmer beteiligten sich an den Warnstreiks in der Metallindustrie, weitere 300.000 an Warnstreiks im öffentlichen Dienst. Da viele der Warnstreikenden nur stundenweise in den Ausstand traten, stieg die Zahl der durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage nicht so stark an wie die der Streikenden: 2012 waren es rund 630.000 Arbeitstage, im Jahr davor rund 304.000. Die Bilanz des WSI ist eine Schätzung, die auf Statistiken der Gewerkschaften, Pressemeldungen und eigenen Recherchen beruht.

Warnstreiks und Konflikte um Haustarife. Neben den Warnstreikwellen habe die steigende Zahl von betrieblichen Auseinandersetzungen im Dienstleistungssektor 2012 das Arbeitskämpfgeschehen geprägt, erklärt der WSI-Arbeitskampfspezialist Heiner Dribbusch.* So lagen dem Bundesvorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di 188 neue Anträge auf Arbeitskämpfmaßnahmen vor, so viele wie noch nie seit der ver.di-Gründung. Die große Mehrheit davon fand bei Auseinandersetzungen über Haus- und Firmentarifverträge statt. Der Forscher erklärt das mit einer „zunehmend zerklüfteten Tariflandschaft“ in vielen Dienstleistungsbranchen, in denen

Franzosen streiken am häufigsten

So viele Arbeitstage fielen durch Arbeitskämpfe aus in ...



* Zahlen von 2004 – 2009 | ** WSI-Schätzung | *** Zahlen der Bundesagentur für Arbeit
Quelle: WSI 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Berechnungen fielen hierzulande im Zeitraum von 2004 bis 2010 im Jahresdurchschnitt pro 1.000 Beschäftigte lediglich 15 Arbeitstage durch Arbeitskämpfe aus. 2011 entfielen 8,3 und 2012 dann 17 Ausfalltage auf 1.000 Beschäftigte. Die amtliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) verzeichnet zwischen 2004 und 2010 im Jahresmittel sogar nur 4 Ausfalltage. Sie untererfasst das Streikgeschehen systematisch, weil sie Mindestgrenzen bei der Zahl der Streikbeteiligten setzt. In Frankreich entfielen auf 1.000 Beschäftigte hingegen im Jahresdurchschnitt 162 Arbeitskämpftage. In Dänemark waren es 123. Auch in einigen anderen Ländern ist die amtliche Streikstatistik lückenhaft. So fließen beispielsweise in den USA lediglich Streiks mit mindestens 1.000 Streikenden in die Statistik ein.

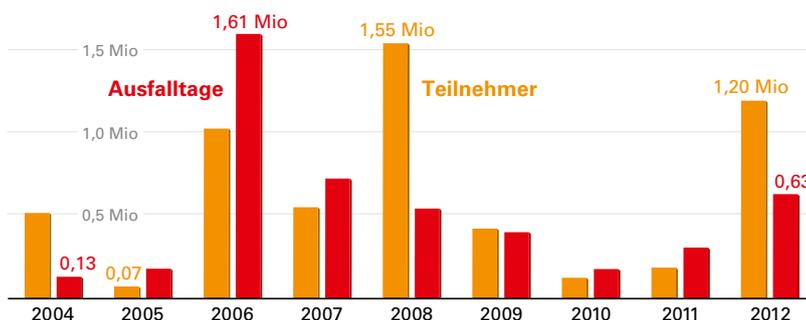
Ausblick auf 2013. Bisher deutet nach Einschätzung des Experten wenig auf ein arbeitskampffernes Jahr 2013 hin. Derzeit streiken Beschäftigte der privaten Sicherheitsdienste an den Flughäfen in Nordrhein-Westfalen und Hamburg, die eine deutliche Erhöhung ihrer Entgelte fordern. „Es ist bemerkenswert, dass diese Streiks selbst bei Fluggästen auf relativ viel Verständnis stoßen“, sagt Dribbusch. Er sieht darin ein Zeichen, „dass die Verdiscounterung des Arbeitsmarktes inzwischen in der Gesellschaft auf breites Unbehagen stößt“.

Erste Warnstreiks gab es zudem im öffentlichen Dienst der Länder. Hohes Konfliktpotenzial birgt nach Dribbuschs Prognose 2013 die Tarifrunde im Einzelhandel, nachdem die Arbeitgeberverbände dort die Manteltarifverträge über Urlaub, Arbeitszeit und Zuschläge gekündigt haben. Wie die Tarifrunden bei Stahl, auf dem Bau sowie in der Metall- und Elektroindustrie verlaufen, bleibe abzuwarten. ◀

* Heiner Dribbusch ist Experte für Tarif- und Gewerkschaftspolitik im WSI
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Über eine Million bei Streiks und Warnstreiks

So entwickelte sich laut WSI das Streikvolumen ...



Quelle: WSI 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

etliche kleine und mittlere Unternehmen den Flächentarifvertrag verließen. „Oft weigert sich der Arbeitgeber vehement, überhaupt einen Tarifvertrag abzuschließen. Dann zieht sich die Auseinandersetzung hin, und es kommen in einzelnen Betrieben relativ viele Streiktage zusammen.“

Im Ländervergleich relativ streikarm. Im internationalen Vergleich wird in Deutschland allerdings relativ wenig gestreikt, zeigt die WSI-Untersuchung auf Basis der aktuellsten verfügbaren internationalen Daten. Nach Dribbuschs

Mindestlohn: In Westeuropa über 8,50 Euro

Wirtschaftskrise und Sparpolitik halten die Mindestlöhne in vielen EU-Ländern unter Druck.

Erhöhungen gleichen oft nicht einmal die Inflationsrate aus.

Zwölf von 20 EU-Ländern mit gesetzlichen Mindestlöhnen haben diese zum 1. Januar 2013 erhöht. Großbritannien und Belgien hatten schon im vergangenen Herbst angehoben. Gleichwohl bremsen die Krise im Euroraum, die Massenarbeitslosigkeit und der strikte Sparkurs, den viele nationale Regierungen auf Drängen von EU-Kommission und IWF verfolgen, die Anpassung der Lohnuntergrenzen in Europa weiterhin stark ab, konstatiert WSI-Experte Thorsten Schulten: „Im Jahr 2012 hat sich die schwache Mindestlohnentwicklung der Vorjahre weiter fortgesetzt und in einigen europäischen Ländern sogar noch verschärft“, schreibt Schulten im neuen WSI-Mindestlohnbericht.*

Regelrecht dramatisch war der Verlauf in Griechenland. Die Regierung in Athen kürzte den Mindestlohn auf internationalen Druck um knapp 23 Prozent. Portugal, Irland, Rumänien und die Tschechische Republik froren ihr Lohnminimum ein.

Wo es Erhöhungen gab, fielen sie meist geringer aus als in den Vorjahren. Nach Abzug der Inflation waren die Zuwächse bestenfalls bescheiden. In mehreren Ländern zehrte die Teuerung die nominale Anhebung sogar auf. Das geschah nach Schultens Auswertung beispielsweise in Spanien, den Niederlanden oder Großbritannien, wo die Mindestlöhne schon seit mehreren Jahren real an Wert verlieren. Es gab allerdings auch Ausnahmen, zeigt der Mindestlohnbericht: Litauen, Polen und Bulgarien erhöhten ihre Lohnminima real deutlich. Auch einige Länder außerhalb der EU hoben ihre Mindestlöhne spürbar an, darunter Argentinien, Südkorea und Brasilien.

In den westeuropäischen Euro-Ländern betragen die niedrigsten erlaubten Bruttostundenlöhne nun zwischen 8,65 Euro in Irland und 10,83 Euro in Luxemburg. In Großbritannien müssen umgerechnet mindestens 7,63 Euro gezahlt werden. Dieser Wert ist aber von der anhaltenden Schwäche des Britischen Pfunds beeinflusst. Sonst würde der britische Mindeststundenlohn heute bei gut 9 Euro liegen und damit auf westeuropäischem Durchschnittsniveau, erklärt Schulten.

Die südeuropäischen EU-Staaten haben Lohnuntergrenzen zwischen knapp 3 Euro in Portugal und 4,06 Euro auf Malta. Etwas darüber liegt mit 4,53 Euro Slowenien. In den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten sind die Mindestlöhne noch deutlich niedriger. Allerdings haben mehrere davon auch in den vergangenen Krisenjahren aufgeholt. So müssen in Polen jetzt mindestens 2,21 Euro pro Stunde bezahlt werden. Zudem spiegeln die Niveauunterschiede zum Teil auch unterschiedliche Lebenshaltungskosten wider. Legt man Kaufkraftparitäten zugrunde, reduziert sich das Verhältnis zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von 1:12 auf etwa 1:6.

In den Euro-Krisenstaaten werden die Lohnuntergrenzen unter Druck bleiben, prognostiziert WSI-Forscher Schulten. Allerdings träten vor allem auf Ebene der EU-Kommission die Widersprüche einer restriktiven Mindestlohnpolitik zunehmend zu Tage: So lobte die Generaldirektion Wirtschaft sinkende Mindestlöhne in Krisenländern. Fast gleichzeitig warnte aber die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales vor einer zunehmenden sozialen Polarisierung und bezeichnete Mindestlöhne als wichtiges Instrument, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren. Die Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre stützten diese Analyse, betont Schulten: „Nachdem das Scheitern der europäischen Austeritätspolitik und der damit verbundenen Politik der Lohnkürzungen immer offensichtlicher wird, ist auch eine grundlegende Wende in der Mindestlohnpolitik dringend geboten.“ ◀

Mindestlöhne: Eurokrise bremst Entwicklung

Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne* in der Europäischen Union

	zuletzt geändert	seit 2012 um**
Luxemburg	10,83 €	01.2013 → +4,0%
Frankreich	9,43 €	01.2013 → +2,3%
Belgien	9,10 €	12.2012 → +4,0%
Niederlande	9,01 €	01.2013 → +1,5%
Irland	8,65 €	07.2011 → ±0%
Großbritannien	7,63 €	10.2012 → +1,8%
Slowenien	4,53 €	01.2013 → +2,7%
Malta	4,06 €	01.2013 → +2,5%
Spanien	3,91 €	01.2013 → +0,5%
Griechenland	3,35 €	03.2012 ↓ -22,8%
Portugal	2,92 €	01.2011 → ±0%
Polen	2,21 €	01.2013 → +6,7%
Ungarn	1,95 €	01.2013 → +5,4%
Slowakei	1,94 €	01.2013 → +3,2%
Tschechien	1,91 €	01.2007 → ±0%
Estland	1,90 €	01.2013 → +5,6%
Litauen	1,76 €	01.2013 ↑ +24,9%
Lettland	1,71 €	01.2011 → ±0%
Bulgarien	0,95 €	01.2013 ↑ +14,9%
Rumänien	0,92 €	01.2012 → ±0%

Gesetzliche Mindestlöhne außerhalb der EU

Australien	12,86 €	07.2012 → +2,9%
Neuseeland	8,51 €	04.2012 → +3,8%
Kanada	7,84 €	01.2013 → +2,2%
Japan	7,31 €	01.2013 → +1,6%
USA	5,64 €	07.2009 → ±0%
Argentinien	2,29 €	09.2012 ↑ +16,1%
Türkei	2,17 €	01.2013 ↑ +10,3%
Brasilien	1,42 €	01.2013 → +9,2%

* Stand 1.1.2013, Umrechnung in Euro zum Jahresdurchschnitt 2012, Kanada und Japan gewichtete Umrechnung regionaler Mindestlöhne; ** nominale Entwicklung 01.2012 – 01.2013
Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Thorsten Schulten: WSI-Mindestlohnbericht 2013 – anhaltend schwache Mindestlohnentwicklung in Europa, in: WSI-Mitteilungen 2/2013
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Ungleichheit kostet Wachstum

Die stark gewachsenen Einkommensdifferenzen in Deutschland haben nicht nur die soziale Spaltung hierzulande vergrößert. Sie haben auch zur Eurokrise beigetragen.

Was hat die Entwicklung der Einkommen in Deutschland mit der Arbeitslosigkeit in Südeuropa und den Kosten für die Bewältigung der Krise im Euroraum zu tun? Eine Menge, konstatieren Karl Brenke und Gert G. Wagner. Die Wissenschaftler im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) stellen in einer Untersuchung die Zusammenhänge her. Dazu analysieren sie die Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahrzehnts.* Ihr Fazit: Deutschland täte nicht nur „aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch im Interesse makroökonomischer Stabilität“ gut daran, „das Rad der Umverteilung hin zu den hohen Einkommen und Vermögen“ zurückzudrehen. Mit etwas Glück könne dies ohne große negative Rückwirkung auf die Konjunktur durch eine einmalige Vermögensabgabe geschehen.

Brenke und Wagner beginnen mit der Jahrtausendwende: Von der Krise der New Economy habe sich Deutschland lange nicht erholt. Nachdem die Technologieblase geplatzt war, blieb das Wachstum schwach. Von 2000 bis 2005 nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jahresdurchschnittlich um gerade einmal 0,6 Prozent zu. Hinter diesem Wert standen allerdings ganz unterschiedliche Trends: Während die Inlandsnachfrage schrumpfte, florierte die Exportwirtschaft schon damals. Im Schnitt wuchsen die Ausfuhren jedes Jahr um 6,3 Prozent.

Trotzdem hätte Deutschland vielen Ökonomen seinerzeit als „kranker Mann Europas“ gegolten – wegen eines angeblichen Mangels an Wettbewerbsfähigkeit, schreiben die Forscher. Die geforderte und umgesetzte Therapie hieß Lohnzurückhaltung.

Tatsächlich sei das deutsche Problem aber ein ganz anderes gewesen, so Brenke und Wagner: Um der Binnenwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, wäre es eigentlich nötig gewesen, die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und Haushalte durch Zinssenkungen zu verbessern – wie es in anderen Ländern geschehen ist. Doch dem stand die frisch gegründete Währungsunion im Weg.

Die einheitlichen Euro-Leitzinsen bedeuteten in weiten Teilen des neuen Währungsraums eine finanzielle Entlastung. Für die beinahe stagnierende deutsche Wirtschaft war die reale Zinslast nach der Analyse von Brenke und Wagner aber nun zu hoch. Dies sei einer der Gründe dafür, dass es Jahre dauerte, bis das BIP-Wachstum wieder anzog.

Die Nachfrage im Inland legte erst in den Jahren 2005 bis 2008 wieder zu, die Wachstumsraten blieben allerdings deutlich hinter denen der Exportwirtschaft zurück. Selbst für den vielfachen Exportweltmeister Deutschland sei der private Verbrauch „die mit Abstand bedeutendste Nachfragekomponente“, schreiben die Wissenschaftler. Darauf entfallen aktuell 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Mit anderen Worten: Ob die Wirtschaft wächst oder nicht, hängt sehr stark davon ab, wie viel Geld die privaten Haushalte ausgeben. Das sei wichtiger als die ohnehin nie gefährdete preisliche Konkurrenzfähigkeit der Industrie am Weltmarkt, betonen die Wissenschaftler.

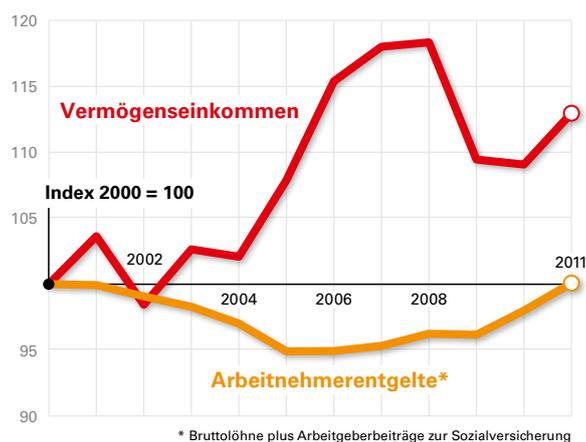
Die Gründe für die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte sehen Brenke und Wagner in der Entwicklung der Einkommensverteilung. Während die Gewinne der Kapitalgesellschaften – abgesehen von den Krisenjahren 2008 und 2009 – kräftig anzogen, entwickelten sich die Einkommen der privaten Haushalte nur im Schneckentempo aufwärts.

Dass die Verteilung auseinandergedriftet ist, zeigt auch ein Blick auf die Zusammensetzung der Haushaltseinkommen: Die Einkünfte aus Gewinnen und Vermögen stiegen vor allem bis zum Ausbruch der Finanzkrise steil an. Die realen Löhne und Sozialversicherungsbeiträge fielen hingegen bis 2005 und erreichten erst 2011 wieder das Niveau der Jahrtausendwende. Auch die realen Sozialleistungen sind heute nicht höher als im Jahr 2000.

Nur die Einkünfte des oberen Viertels haben laut Brenke und Wagner „merklich expandiert“, was sich aus dem Sozio-

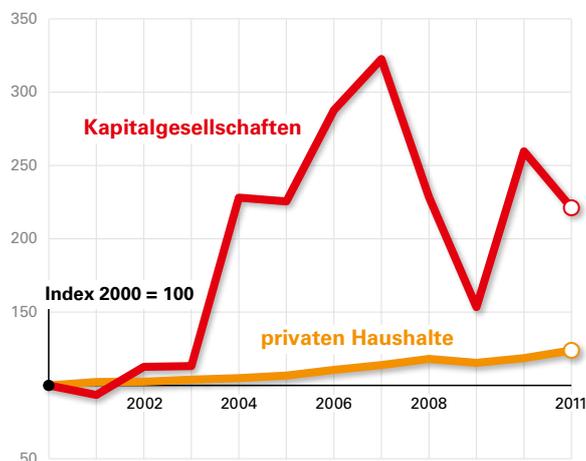
Kapital hat die Nase vorn

So entwickelten sich die realen ...



Haushalte haben das Nachsehen

So entwickelten sich die nominalen Einnahmen der ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013, Berechnungen Brenke, Wagner 2013
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

oekonomischen Panel (SOEP), einer jährlich wiederholten, repräsentativen Haushaltsbefragung des DIW, ablesen lasse. An diese Gruppe fließt fast die Hälfte aller Einkommen. Das untere Viertel hat dagegen verloren und muss sich nun mit weniger als einem Zehntel des Kuchens zufrieden geben.

hervor, dass die untere Hälfte der Bevölkerung über gar kein nennenswertes Vermögen verfügt. Dem oberen Zehntel gehören dagegen 60 Prozent aller Bankguthaben, Wertpapierdepots und Immobilien. Dieser Wert bezieht sich auf 2007, das jüngste Jahr, zu dem bislang Daten vorliegen. 2003 war der Anteil des höchsten Zehntels noch zwei Prozentpunkte niedriger.

Die Eurokrise stehe in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Ungleichheit in Deutschland, so Brenke und Wagner. Nicht nur die hiesige Binnennachfrage bleibe hinter ihren Möglichkeiten zurück, wenn die im Exportgeschäft verdienten Milliarden nicht als Löhne in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Weil Deutschland mangels Massenkaufkraft nicht annähernd so viel importiert wie es exportiert, entstünden ständig Außenhandelsüberschüsse, erklären die Wissenschaftler. So übertrage sich die Unwucht in der deutschen Verteilung auf die Leistungsbilanzen anderer Euroländer. Und einen automatischen Ausgleichsmechanismus über den Wechselkurs gibt es im gemeinsamen Währungsraum nicht mehr.

Deutschland lebt Brenke und Wagner zufolge „permanent unter seinen Verhältnissen“. Dadurch sei anderen Ländern die Möglichkeit versagt geblieben, genügend zu exportieren, um ihre Importe aus Deutschland zu finanzieren. Das habe wiederum deutliche Nachteile für die deutsche Wirtschaft: Sie bleibe sehr anfällig gegenüber Schwankungen der Auslandsnachfrage. Deutschland, betonen die Berliner Wissenschaftler, sei keineswegs die Wachstumslokomotive der EU. Denn ein Land, das mehr exportiert als importiert, könne „immer nur ein Trittbrettfahrer“ sein, der darauf angewiesen ist, dass seine Erzeugnisse anderswo Käufer finden. ◀

Sparen können nur die Wohlhabenden

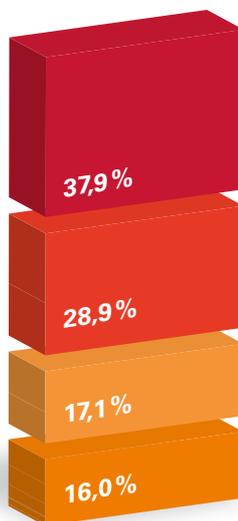
Von den monatlichen Ersparnissen der Privathaushalte* entfallen auf ...

... **das reichste Zehntel** der Bevölkerung

... **das 8. und 9. Zehntel**

... **das 6. und 7. Zehntel**

... **die unteren 5 Zehntel**



* aufgegliedert nach der Höhe ihrer Nettoeinkommen
Quelle: SOEP 2012, Berechnungen Brenke, Wagner 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Der Konjunktur hilft es nicht, wenn die ohnehin schon hohen Einkommen weiter steigen, erläutern die Berliner Experten. Denn das zusätzliche Geld wird eher gespart als ausgegeben. So kommt das obere Zehntel der Haushalte auf eine Sparquote von 17 Prozent, die unteren zehn Prozent können nur knapp 2 Prozent ihres – wesentliches geringeren – Einkommens zur Seite legen. Und selbst diese Zahlen unterschätzen die tatsächliche Ersparnis der reichen Haushalte laut Brenke und Wagner noch. Denn das Sparen in Form von Darlehenstilgung und Wiederanlage von erhaltenen Zinsen ist damit nicht erfasst.

Extreme Vermögensunterschiede sind die langfristige Folge dieser ungleichen Sparmöglichkeiten. Aus dem SOEP geht

hervor, dass die untere Hälfte der Bevölkerung über gar kein nennenswertes Vermögen verfügt. Dem oberen Zehntel gehören dagegen 60 Prozent aller Bankguthaben, Wertpapierdepots und Immobilien. Dieser Wert bezieht sich auf 2007, das jüngste Jahr, zu dem bislang Daten vorliegen. 2003 war der Anteil des höchsten Zehntels noch zwei Prozentpunkte niedriger.

* Quelle: Karl Brenke, Gert G. Wagner: Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum, in: Wirtschaftsdienst 2/2013
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Arbeitsmarkt: Konjunktur wichtiger als Strukturreform

War der unbewegliche Arbeitsmarkt an der Erwerbslosigkeit zu Beginn des neuen Jahrtausends schuld – und haben die Hartz-Reformen die anschließenden Beschäftigungszuwächse ausgelöst? Die Antwort der Berliner Forscher Karl Brenke und Gert Wagner lautet zweimal nein. Sie verweisen auf die Euro-Einführung, wegen der Deutschland

länger als andere gebraucht habe, die Dotcom-Krise zu überwinden. Angeregt durch immer stärkere Auslandsnachfrage habe es schließlich mit langer Verzögerung eine gewisse Belebung des Binnenmarktes gegeben. „Die Arbeitsmarktreformen haben indes kaum nachweisbare Wirkung entfaltet; das gilt vor allem für deren Kernstück

– die Hartz-IV-Reform“, so die Wissenschaftler. Entgegen den Annahmen der Reformen habe es der großen Mehrheit der Arbeitslosen nie an Motivation gefehlt, sondern an Arbeitsplätzen. An der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit, dem Suchverhalten und der Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen habe sich jedenfalls durch die Reformen nichts Grundlegendes geändert. Zudem warnen die Wirtschafts-Experten

davor, die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu überschätzen: In Arbeitsstunden gerechnet war die Beschäftigung 2012 nur um 0,3 Prozent höher als 2000. Gesunken ist die Arbeitslosenquote vor allem, weil heute mehr Personen mit geringerer Stundenzahl arbeiten und weil demografisch bedingt die Zahl der Erwerbspersonen viel weniger als früher wächst.

Brenke, Wagner 2013

Die Steuertricks der Großkonzerne

Multinationalen Konzernen gelingt es häufig, die Finanzbehörden verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen und Schlupflöcher in internationalen Steuerabkommen zu finden.

Das Unternehmensteuer-Aufkommen in den entwickelten Ländern ist zwar seit 1965 leicht gestiegen, stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer aktuellen Untersuchung fest.* Es liegt im Schnitt bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder zehn Prozent der Steuereinnahmen. Allerdings wäre eigentlich ein stärkerer Anstieg zu erwarten gewesen, weil der Anteil der Unternehmensgewinne am gesamten Sozialprodukt in vielen Ländern gestiegen ist. Ein wichtiger Grund für die relativ schwache Entwicklung ist nach Einschätzung von OECD-Experten die Steuervermeidung multinationaler Unternehmen. Deren Methoden zur Steueroptimierung seien „in den vergangenen zehn Jahren aggressiver geworden“, erklärt die Industrieländer-Organisation. Manche international agierenden Unternehmen zahlten durch geschickte Kunstgriffe nur fünf Prozent Körperschaftsteuern – weniger große Firmen kommen hier auf 30 Prozent. OECD-Wissenschaftler haben die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zur Besteuerung internationaler Unternehmen zusammengestellt. Sie beschreiben die wichtigsten Techniken, mit denen Konzerne Steuern sparen – ganz legal, indem sie Lücken im Geflecht von 3.000 bilateralen Steuerabkommen zwischen Staaten ausnutzen.

Viele internationale Steuerregelungen haben ihre Wurzeln in den 1920er-Jahren. Vor fast 100 Jahren ging es darum zu

Gewinn ausweisen. Der ist umso kleiner, je höher die Kosten sind, die den Erträgen gegenüberstehen. Und solche Kosten lassen sich durch Finanzierungsmodelle künstlich erzeugen, indem die Muttergesellschaft hohe Zinsen oder Gebühren für Lizenzen oder Dienstleistungen an eine ausländische Tochtergesellschaft zahlt. Wenn die Tochtergesellschaft in einem Land angesiedelt ist, das die entsprechenden Beträge nur geringfügig besteuert, kommt der Konzern günstig davon.

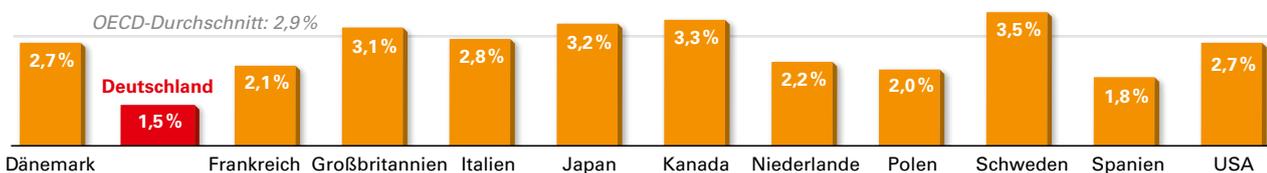
Schlupflöcher in Doppelbesteuerungsabkommen. Sind die einzelnen Gesellschaften eines Konzerns in verschiedenen Ländern tätig, so gelten für sie meist auch unterschiedliche Steuersysteme. Zwischen den Ländern bestehen häufig so genannte Doppelbesteuerungsabkommen, die verhindern sollen, dass Erträge zweimal besteuert werden. Daraus kann sich aber die Situation ergeben, dass ein Unternehmen mit Hinweis auf das Doppelbesteuerungsabkommen im einen Land von der Steuer freigestellt wird – obwohl es im anderen Land gar keine Steuern gezahlt hat. Faktisch komme es so zu einer doppelten Nicht-Besteuerung, schreiben die Autoren der OECD-Studie.

Zudem gibt es diverse grenzüberschreitende Finanztransaktionen, die sich systematische Unterschiede im Steuerrecht zunutze machen. Dazu muss keines der beiden Länder ein Niedrigsteuerland sein. Das Ziel der Steueroptimierer besteht vielmehr darin, die Geldströme im Konzern so zu leiten, dass der Absender die Zahlungen von der Steuer absetzen kann und der Empfänger sie in einer Form erhält, auf die entweder gar keine oder nur eine niedrige Pauschalsteuer anfällt. Zuweilen werden Zweckgesellschaften in weiteren Ländern dazwischengeschaltet, um die Möglichkeiten verschiedener Steuersysteme auszuschöpfen.

Viele Unternehmen neigen dazu, besonders riskante Geschäfte formal in Niedrigsteuerländer zu verschieben, konstatieren die OECD-Experten. Im Erfolgsfall sind die Ertragssteuern dann gering. Auch dies trägt der Studie zu-

Deutsche Unternehmen zahlen wenig

Der Anteil der Unternehmensteuern am Bruttoinlandsprodukt betrug 2010 in ...



Quelle: OECD 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

verhindern, dass dasselbe Geschäft mehrfach besteuert wird. Heute ist das Problem ein anderes: Die bestehenden Regeln erlauben es internationalen Konzernen, ihre Erträge so hin und her zu schieben, dass sie jeweils dort versteuert werden, wo die Steuersätze am niedrigsten sind. Dazu gehören diese Möglichkeiten:

Tochtergesellschaften in Niedrigsteuerländern. Selbst wenn ein Unternehmen den Hauptsitz in einem Land hat, dessen Steuern als hoch gelten, kann es den Teil seiner Wertschöpfung, der an den Staat fließt, häufig gering halten, so die OECD. Dazu muss die Steuerbilanz einen möglichst geringen

Anteil an den Erträgen aufweisen. Dies führt zu einer „Erosion der Steuerbasis“ in anderen Ländern bei. Grundsätzlich würden die Möglichkeiten zur internationalen Steueroptimierung zudem Anreize für multinationale Unternehmen setzen, sich stärker mit Fremd- als mit Eigenkapital zu finanzieren.

Die OECD plädiert für ein koordiniertes Vorgehen der G-20-Staaten, die mit einem umfassenden Aktionsplan gegen das Verschieben von Gewinnen und die Austrocknung der Steuerbasis vorgehen könnten. ◀

* Quelle: OECD: Addressing Base Erosion and Profit Shifting, Februar 2013

Gute Arbeit, höherer Börsenwert

Zufriedene Beschäftigte steigern den Wert eines Unternehmens, zeigt eine Studie aus den USA.*
Danach sind langfristig die Aktienkurse beliebter Arbeitgeber höher.

Für seine Untersuchung zog Alex Edmans, Professor an der Wharton School der Universität von Pennsylvania, die Liste der „100 Best Companies to Work For in America“ heran. Seit 1984 befragt das „Great Place to Work“-Institut aus San Francisco Beschäftigte und Manager großer US-amerikanischer Unternehmen zu den Arbeitsbedingungen in ihrer Firma, seit 1998 im jährlichen Rhythmus.

Die Liste eigne sich gut dafür, die Zufriedenheit einer Belegschaft belastbar zu messen, erläutert der Finanzfachmann: Aufgrund des langen Beobachtungszeitraums von 28 Jahren enthalte sie Aussagen aus Rezessions- und aus Boom-Phasen. Zudem messe sie umfassend die Einstellung von Beschäftigten zu ihrem Arbeitgeber. Das Institut definiere als „great place to work“ ein Unternehmen, „wo Arbeitnehmer den Menschen vertrauen, für die sie arbeiten, stolz sind auf das, was sie tun, und gern mit ihren Kollegen zusammenarbeiten“.

Ihren Listenplatz erhalten die Firmen zu zwei Dritteln aufgrund der Aussagen ihrer Beschäftigten, zu einem Drittel auf Basis der Rückmeldung aus dem Management. Mitarbeiter können sich unter anderem dazu äußern, ob ihr Arbeitgeber sie über wichtige Sachverhalte informiert und ob sie auf Fragen von ihren Chefs klare Antworten erhalten. Auch eine faire Entlohnung und Partizipation fließen in die Beurteilung ein.

Das Management beantwortet Fragen zum Anteil von Frauen und Minderheiten in leitenden Positionen, zu Fluktuation, Bezahlung, Urlaub und Angeboten für Eltern. Die Berücksichtigung der Manager runde das Bild eines Unternehmens ab, so Edmans. So hätten diese einen besseren Überblick über die allgemeine Fluktuation. Allerdings betreffen Statements der Manager die Qualität des Arbeitsplatzes und nicht die Zufriedenheit der Belegschaft. Das sei jedoch kein Problem, wenn zwischen diesen beiden Größen ein enger Zusammenhang besteht.

Als Maß für den Wert eines Unternehmens wählte der Wharton-Professor die zukünftigen Kursgewinne – zum Beispiel die Zuwächse im Jahr 2002, wenn im Dezember 2001 eine Auswertung zur Zufriedenheit der Beschäftigten veröffentlicht worden ist. Der Aktiengewinn beziffert in diesem Fall die Veränderung des Marktwertes im Jahr 2002. So lasse sich ausschließen, dass ein hoher Börsenwert die Arbeitnehmer zufriedener mache, der gemessene Zusammenhang zwischen den beiden Größen also ganz anders begründet ist.

Edmans Ergebnisse sind eindeutig: Der Aktienkurs von Unternehmen der „Best Companies“-Liste entwickelte sich deutlich oberhalb des Börsendurchschnitts. Die Theorie geht schon seit langem von dieser positiven Beziehung aus, zitiert der Finanzexperte aus der gängigen Literatur zu Personalfüh-

rung: Beschäftigte seien in modernen Firmen die Hauptquelle der Wertschöpfung, besonders in wissensbasierten Branchen wie Pharmazie oder Informationstechnologie. Eine zufriedenstellende Arbeitsumgebung könne dazu beitragen, die besten Mitarbeiter anzuziehen – und zu halten.

Bislang ließen sich diese Thesen nur schwer belegen. Edmans Studie schließt daher eine wichtige Lücke – und geht darüber hinaus. Denn er beantwortet auch die Frage, wieso der Aktienmarkt den positiven Einfluss einer zufriedenen Belegschaft systematisch unterschätzt. Erst nach vier bis fünf

Das kleine 1x1 für zufriedene Beschäftigte

Glaubwürdigkeit

wechselseitige Kommunikation

- Kompetenz
- Integrität

„Das Management informiert mich über wichtige Sachverhalte.“

Respekt

Fürsorge

- Unterstützung
- Zusammenarbeit

„Hier herrscht ein psychologisch und emotional gesundes Arbeitsklima.“

Fairness

soziale Gerechtigkeit

- Unparteilichkeit
- Recht/Gerechtigkeit

„Ich erhalte einen fairen Anteil an den Gewinnen, die dieses Unternehmen macht.“

Stolz

das Unternehmen

- die eigene Person
- das Team

„Es macht mich stolz, anderen zu sagen, dass ich hier arbeite.“

Kollegialität

Atmosphäre

- Nähe
- Gemeinschaft

„Es macht Spaß, hier zu arbeiten.“

Auszüge aus der Befragung des „Great Place to Work“-Instituts, das jährlich die 100 beliebtesten Arbeitgeber der USA ermittelt; Quelle: Edmans 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Jahren schlage der positive Effekt einer Aufnahme in die „Best Companies“-Liste voll auf den Börsenkurs durch. Seine Erklärung: Beim Faktor Mitarbeiterzufriedenheit handelt es sich um einen immateriellen Wert, der sich nur schwer wahrnehmen und noch schwerer quantifizieren lässt.

Die Liste der „Best Companies“ mache diesen immateriellen Wert sichtbar; dennoch preist die Börse den Faktor „zufriedene Beschäftigte“ nur unzureichend in die Bewertung eines Unternehmens ein. Doch auch hierfür findet der US-Professor eine Begründung: „Der Aktienmarkt benutzt wahrscheinlich Bewertungsmethoden, die noch für die typische Firma des 20. Jahrhunderts entwickelt worden sind.“ Sie basieren auf Sachwerten wie Maschinen, Anlagen oder Immobilien. Immaterielle Werte lassen sich in solche Bewertungssysteme nur schwer integrieren.

Edmans Empfehlung: Damit Manager einen Anreiz haben, die Zufriedenheit ihrer Beschäftigten im Blick zu behalten, sollte ihre Vergütung von kurzfristigen Kursausschlägen abgekoppelt werden. So könnten sie beispielsweise Aktien und Aktienoptionen mit langen Haltefristen erhalten. ◀

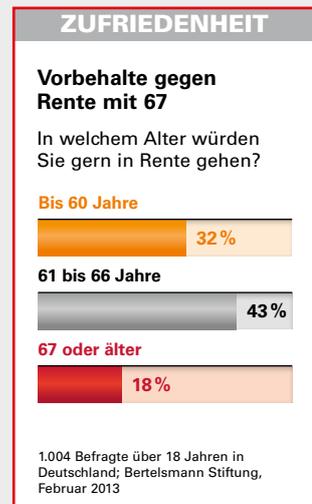
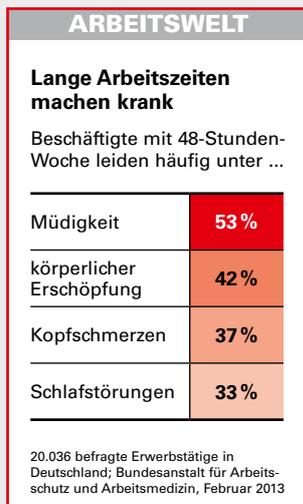
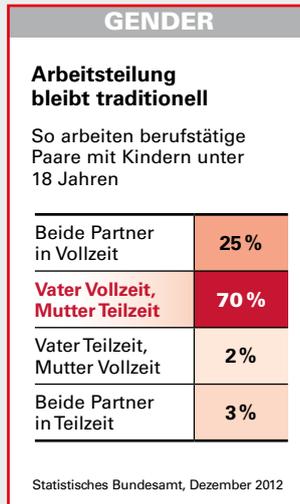
* Quelle: Alex Edmans: The Link Between Job Satisfaction and Firm Value, With Implications for Corporate Social Responsibility, in: Academy of Management Perspectives, November 2012
Link zur Studie: boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
 unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARMUT:** Mehr als jedes vierte Kind in der EU ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Besonders hoch ist das Armutsrisiko in Ost- und Südeuropa, wie Eurostat ermittelte: In Bulgarien und Rumänien lebte demnach 2011 jedes zweite Kind unter 18 Jahren in einem Haushalt mit prekären Einkommens-, Arbeits- und Vermögensverhältnissen, in Griechenland,

Italien und Spanien gut 30 Prozent. In Deutschland war knapp jedes fünfte Kind betroffen. In der Statistik erfasst werden Kinder, die in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens leben, die auf grundlegende Dinge wie eine ausreichend geheizte Wohnung verzichten müssen oder deren Eltern nicht oder nur selten erwerbstätig sind. Eurostat, Februar 2013

► **ZUFRIEDENHEIT:** Politische Mitbestimmung und ein sicherer Arbeitsplatz sind nach Ansicht der Deutschen wichtigere Wohlstandsindikatoren als ein hohes Bruttoinlandsprodukt. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hervor. Auf einer Skala von null bis zehn bewerteten die Befragten die

Aussagekraft des Pro-Kopf-Einkommens – als Indikator für das Bruttoinlandsprodukt – durchschnittlich mit einem Wert von 7,4. Damit liegt das BIP fast am Ende der Bedeutsamkeitsskala. Dem Erhalt der Demokratie und einer hohen Beschäftigung wird mit Durchschnittswerten von 9,4 beziehungsweise 9,2 die höchste Bedeutung beigemessen. DIW, Februar 2013